

Studentenproteste im Rückblick Politik darf auch Spaß machen

Die studentischen Proteste in Berlin im Rückblick

Das Auditorium maximum ist überfüllt. Sie sitzen oder stehen und – sie hören zu, sie hören lange zu, was ihnen der Präsident ihrer Universität zu berichten hat. Keine Buhrufe, keine Trillerpfeifen, obwohl die Botschaften, die der Präsident verkündet, alles andere als erfreulich sind: 30 Mio. Euro Kürzungen, Abbau von 70 bis 80 Professuren, Schließung ganzer Studiengänge usw.

Das hätte es früher nicht gegeben, mag so mancher Altstudent gedacht haben. Da konnten bei studentischen Vollversammlungen Unipräsidenten noch nicht mal Guten Tag sagen, ohne schon im Protestlärm unterzugehen. Sind die Studierenden zu brav?

WissenschaftlerInnen und Schreiberlinge haben sich in den letzten Jahren den Kopf zerbrochen über die ach so unpolitischen Studierenden, die individualistisch und egoistisch ihr Ding durchziehen und für die gesellschaftliches Engagement vor allem darin besteht, das nächste Partywochenende zu planen. Hauptsache Spaß haben.

Die Studierendenstreiks und Protestaktionen im vergangenen Wintersemester haben dann auch viele überrascht. Bereits im Frühsommer letzten Jahres war in Berlin klar, dass die Landesregierung den Universitäten millionenschwere Kürzungen auferlegen wird. Die Summen schwankten von 100 bis 600 Mio. Euro. Von der Schließung einer ganzen Universität war die Rede. Trotzdem bemühten sich ASTEN und Studierendenvertretungen zu der Zeit vergeblich, dagegen einen massenhaften Protest an den Hochschulen auf die Beine zu stellen. Das änderte sich schlagartig im Herbst, als klarer wurde, welche konkreten Folgen diese Kürzungen an den Universitäten haben werden. Tausende strömten in die studentischen Vollversammlungen. Tag für Tag fanden dutzende Aktionen auf Straße und Plätzen, in U-Bahnen und auf Weihnachtsmärkten Berlins statt. Die Studierenden eroberten Berlin – mit witzigen und kreativen Ideen – und sie eroberten die Sympathien der Stadt. Sie sprangen bei Minusgraden in die Spree („Die Bildung geht baden“), sie liefen nackt über den Weihnachtsmarkt („Wir geben unser letztes Hemd“), sie saßen in öffentlichen Vorlesungen in Einkaufszentren, bildeten Menschenketten („Der längste Studentenstrich der Welt“), seziierten symbolisch Studierende („Studentensterben“) und fläzten sich bei IKEA auf den Schlafmöbeln.

„Wir sind viele, wir sind laut, weil man uns die Bildung klaut“, hallte es auf den samstäglichen Großemos, zu denen vielen Wochen lang Zehntausende kamen. Die Presse und das Fernsehen waren immer dabei. Die Aktionen waren mit ihrer Symbolik und Kreativität hoch medienwirksam. Woran Werbeagenturen und erst recht Gewerkschaften monatelang tüfteln und wofür sie viel Geld ausgeben, gelang den Studierenden scheinbar mühelos: öffentliche Aufmerksamkeit erzeugen; ein Thema transportieren, das sonst niemanden hinter dem Ofen vorlocken würde. In einer Stadt wie Berlin, die mit hoher Arbeitslosigkeit und massiven sozialen Problemen kämpft, wurden die Kürzungen an den Universitäten als Teil des Bildungs- und Sozialabbaus wahrgenommen und als ungerecht empfunden. Das ist wohl auch die schwerste Niederlage für die Regierungskoalition aus SPD und PDS gewesen. Der Versuch, die Kürzungen an den Hochschulen als Abbau von Überausstattungen und Privilegien darzustellen getreu dem Motto „Alle müssen den Gürtel enger schnallen“ scheiterte kläglich und verunsicherte die Politik.

Die Studierendenproteste waren auch deshalb so erfolgreich, weil sie nicht zentral organisiert und durchgeführt wurden. Neben einem „harten Kern“ von VertreterInnen der ASTEN und anderer Studentenvertretungen waren es vor allem Hunderte selbstorganisierte Arbeitsgruppen und Initiativen, die den Protest getragen haben. Die Vernetzung erfolgte über eigens dafür eingerichtete Internetseiten, in die jede/r seine Aktionen ankündigen konnte. Es wurde nichts „von oben“ vorgeordnet, sondern spontan und erfolgreich „von unten“ organisiert. Das ist sicher eines der Geheimnisse, warum sich so viele an den Protestaktionen beteiligten. Jede/r konnte sich einbringen, so viel Zeit und Arbeit investieren, wie er oder sie es für richtig hielt. Niemand wurde in Arbeitsstrukturen gepresst, in denen erst mal entschieden werden muss, was opportun ist und was nicht. Die Studierenden waren selbst verantwortlich für ihr Tun und Handeln.

Eine Orientierung gab es dennoch. Vor allem dem ASTA der Technischen Universität ist es zu verdanken, dass die Proteste mit klaren, auf die Sache bezogenen und vor allem kurzen Forderungen verbunden wurden:

- 135.000 ausfinanzierte Studienplätze,
- Keine Studiengebühren,
- Mehr Mitbestimmung in den Hochschulen.

Die Konzentration auf diese drei Kernforderungen hat wesentlich zur Mobilisierung beigetragen. In der Vergangenheit waren studentische Proteste häufig daran erstickt, dass Forderungskataloge aufgestellt wurden, die an Beliebtheit nicht mehr zu überbieten waren und nach dem Motto „Wie sind gegen Gott und die Welt und überhaupt gegen alles“ aufgestellt wurden.

Die Kürzungen sind beschlossen. Waren die Proteste umsonst?

Die Regierungskoalition in Berlin hat die Kürzungen von 75 Mio. Euro für die Universitäten nicht zurück genommen. Die Studierenden studieren wieder. Sie wollen das Semester nicht verlieren. In die Auseinandersetzungen um die Strukturplanungen innerhalb der Universitäten, die in Umsetzung der Kürzungen gemacht werden, mischen sich jetzt nur noch die aktiven studentischen Vertreter/innen ein. War also doch alles nur eine große Party – Katerstimmung inklusive? Die Studierenden hätten auch mit einer Fortsetzung der Streiks kein besseres Ergebnis erzielen können. Sie haben nicht aufgegeben, sondern mit dem Ende der Massenproteste bewiesen, dass sie ein Gespür für politisches Handeln haben. Durch ein Mehr wäre es nicht besser geworden. Die Politik muss sich allerdings vorsehen. Denn die Flamme ist nicht erloschen – ein bisschen Öl und sie dürfte wieder lichterloh brennen. Im Unterschied zu früheren Streiks war das Leitmotiv der meisten Studierenden, ihr Studium vernünftig absolvieren zu können. Sie haben die Kürzungen auch als Raubzug gegen ihre eigene Ausbildungs- und Lebenszeit wahrgenommen. Wenn Lehrpersonal fehlt, Praktikumsplätze verlost werden, das Seminar nur im Stehen absolviert werden kann und dringend benötigte Bücher nicht mehr zu bekommen sind, wird ein Studium nicht nur lang sondern auch teuer. Die Regierenden können sich nicht mehr zurücklehnen und streikende Studierende als Faulpelze abtun, die sich mit allem beschäftigen, nur nicht mit dem Studium.

Die Studierenden haben gezeigt, dass Politik auch Spaß machen darf und kann. In der GEW und in anderen Organisationen, die um studentische Mitglieder werben, fragen sich viele seit Jahren, warum sich immer weniger Studierende und junge Mitglieder engagieren. Vielleicht ist die Antwort ganz einfach: Nicht alles so verbissen sehen, die jungen Leute einfach mal machen lassen, wegkommen von den vorgegebenen Strukturen, Ritualen und Themen, mehr Freiräume für die Umsetzung eigener Ideen bieten und nicht gleich mit der Beschlusslage drohen.